



Departement des Innern
Amt für Gesellschaft und Soziales
Ambassadorenhof
Riedholzplatz 3
4509 Solothurn

Vernehmlassung zur Änderung des Sozialgesetzes; Chancengleichheit, Religion und Integration der ausländischen Bevölkerung sowie Aufhebung der Case-Management-Stelle und der Gemeindearbeitsämter

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Solothurn bedankt sich für die Gelegenheit, zur obigen Vorlage Stellung nehmen zu können.

I. Grundsätzliches

Für die SP ist es von grosser Wichtigkeit, dass die Ansprechstellen Integration über das nötige Wissen und die entsprechende Fachkompetenz verfügen, um die Aufgaben zu erfüllen. Es stellt sich die Frage, wie der Kanton dies sicherstellt und so allen Personen einen chancengleichen Zugang zu diesen Ansprechstellen gewährt.

Ein grosses Gewicht muss auf die Kommunikation im Integrationsbereich gelegt werden. Die besten Informationen nützen nichts, wenn sie nicht verstanden werden. Aus diesem Grund ist die Kommunikation «universell» auszurichten.

Das heisst, es braucht alle Mittel wie leichte Sprache, Gebärdensprache, Piktogramme, Erklärvideos und Zeichnungen. Auch muss sichergestellt sein, dass die Informationen in den Sprachen der Empfänger und Empfängerinnen vorhanden sind.



II. Bemerkungen zu den einzelnen Abschnitten

1. Ausgangslage

1.5.2.2 Aufgaben der Einwohnergemeinden

Die SP vermisst eine Darlegung, wie die restlichen noch ausstehenden Gemeinden ihrer Verpflichtung nachkommen können und wie der Kanton auf die Gemeinden in dieser Sache einwirkt.

In der Aufgabenerfüllung durch die Ansprechstelle für Integrationsfragen braucht es grosse Sozial- und Fachkompetenz. Die SP erachtet diese wichtige Arbeit als entscheidend und verlangt, dass Fachpersonen eingesetzt werden. Die unterschiedliche Ausgestaltung in den Gemeinden ist eine Schwachstelle der aktuellen Situation. Weiterbildungsmöglichkeiten durch den Kanton sind wichtig.

Für die SP ist klar, dass auch EU-Bürger:innen von einem Integrations-Erstgespräch profitieren würden. Wir würden uns deshalb wünschen, dass in der Kommunikation gegenüber diesen Personen eine Teilnahme «dringend» empfohlen wird.

1.5.2.3 Aufgaben des Kantons

In den Vorgaben durch den Kanton ist sichergestellt, dass Fachpersonen durch die Gemeinden zur Verfügung stehen. Die SP Kanton Solothurn wünscht sich, dass der Kanton sicherstellt, dass diese Fachpersonen durch gezielte Weiterbildung gefördert und weiter ausgebildet werden. Entsprechende Angebote sollten als Aufgabe des Kantons in Paragraph 122 aufgelistet werden.

4. Erläuterungen zu einzelnen Bestimmungen

4.1bis Chancengleichheit und Religion

§119bis

Für die SP ist unklar, was in der Erläuterung mit einem «ausreichendem Beratungsangebot» für Einzelpersonen gemeint ist. Aus Sicht der SP braucht es im Kanton Solothurn ein «bedarfsgerechtes Beratungsangebot» durch die erwähnten Verbände.



§119bis Abs. 2 c) ergänzen:

... und stellt ein bedarfsgerechtes Beratungsangebot für Einzelpersonen im Kanton sicher.

§119ter

Wir begrüssen die Einrichtung einer eigenen Anlauf- und Koordinationsstelle für Religionsfragen. Der Umgang mit nicht öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften kann so seitens des Kantons proaktiv gestaltet werden. Es ermöglicht, bei Bedarf präventiv tätig zu werden, beispielsweise bei der Bekämpfung von religiöser Radikalisierung und Extremismus. Fragen und Anliegen aller Religionsgemeinschaften in Bezug auf staatliche Aufgaben und Prozesse sowie der Einbezug in die Erbringung gesellschaftlicher Leistungen können mit dieser Anlauf- und Koordinationsstelle gezielt geklärt werden. Diese übernimmt zudem eine vermittelnde Rolle und fördert den gegenseitigen Informationsaustausch, den interreligiösen Dialog, zwischen den öffentlich-rechtlich anerkannten sowie den anderen Religionsgemeinschaften und den Behörden. Es ist zielführend, diese Ansprechstelle von der Anlauf- und Koordinationsstelle für Chancengleichheit zu trennen, da dort verschiedene andere Themenbereiche berücksichtigt werden müssen. Den öffentlich-rechtlichen Landeskirchen entstehen keine Nachteile.

4.2.1 Allgemeines

§120

Aus Sicht der SP ist es wichtig zu betonen, dass Integration voraussetzt, dass sich beide Seiten beteiligen und um Integration bemühen.

§120 Abs.3 ergänzen:

Integration verlangt sowohl von den schweizerischen Staatsangehörigen als auch von der ausländischen Bevölkerung, dass sie sich mit anderen Kulturen auseinandersetzen. Beide Seiten sollen sich um die Integration bemühen und die schweizerischen Staatsangehörigen sollen die Eingliederung von ausländischen Staatsangehörigen unterstützen.

4.2.2 Aufgaben der Einwohnergemeinden

§121

§121 Abs.1 ergänzen:

Jede Einwohnergemeinde bestimmt eine Ansprechstelle für Integrationsfragen. Diese Aufgabe wird von einer Fachperson ausgeführt.



§ 121bis

Dolmetscherdienste für das Integrationsgespräch sind sinnvoll und dienen der besseren Verständigung. Diese Dienste werden aber nicht überall in Anspruch genommen. Für die SP muss verbindlich eingefordert werden, dass die Dolmetscherdienste auch genutzt werden.

§121bis Abs.1 ergänzen:

... bietet sie die Personen zu einem Integrationsgespräch auf und stellt sicher, dass die im Gespräch vermittelten Informationen auch verstanden werden.

§ 121quinquies (neu)

Aus Sicht der SP sollte im Gesetz definiert werden, welche Verstösse oder welche Art der Nichtkooperation Sanktionen oder eine Meldung ans Ausländeramt nach sich ziehen. Sanktionen sind im AIG schnell mit der Aufenthaltsbewilligung verknüpft und haben grosse Auswirkungen. Es braucht deshalb eine gute Richtlinie, wie das Personal der Ansprechstellen Integration mit Verstössen umgehen soll.

§ 121quinquies Abs. 2 ergänzen:

Die Beurteilung muss nach klaren Kriterien erfolgen, sodass die ausländische Person nicht Opfer willkürlicher Handhabung durch eine zuständige Stelle werden kann.

4.2.3 Aufgaben des Kantons

§122

§122 Abs. 2 ergänzen:

d) stellt regelmässige Weiterbildungsangebote und eine Vernetzung der Ansprechstellen für Integrationsfragen sicher.

Wir danken Ihnen für die Prüfung und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Sozialdemokratische Partei des Kantons Solothurn

Niels Kruse, Parteisekretär

Solothurn, 27. September 2023